

mit denen eine solche Konvention verwirklicht werden kann, welche die größtmögliche Sicherheit aller Unterzeichner verbürgt.

Die Deutsche Regierung ist der Auffassung, daß Verhandlungen in größerem Kreise, die nicht genügend vorbereitet sind, erfahrungs- und naturgemäß Reibungen mit sich bringen, die im Interesse des Abschlusses einer solchen, in ihren Auswirkungen völlig neuartigen Luftkonvention vermieden werden sollten. Bevor die Deutsche Regierung an solchen Verhandlungen teilnimmt, hält sie es für wünschenswert, eine Reihe grundsätzlicher Vorfragen in Einzelbesprechungen mit den beteiligten Regierungen zu klären. Sie würde es deshalb begrüßen, wenn — nach den vorangegangenen französisch-britischen Beratungen — zunächst die Königlich Britische Regierung als diejenige Teilnehmerin an den Londoner Besprechungen, die zugleich Garant von Locarno ist, bereit wäre, hierüber in einen unmittelbaren Meinungs austausch auch mit der Deutschen Regierung zu treten.

Die Deutsche Regierung ist sich eins mit der Königlich Britischen und der Französischen Regierung in der Auffassung, daß der Abschluß einer Luftkonvention ein bedeutsamer Schritt auf dem Wege zur Solidarität der europäischen Staaten wäre und geeignet sein kann, auch die anderen europäischen Probleme einer alle Staaten befriedigenden Lösung entgegenzuführen.

---

## Die Rückgliederung des Saargebietes

### I. Die Ratssitzungen vom 5. und 6. Dezember 1934 <sup>1)</sup>

Die nach den verschiedensten Meldungen unmittelbar drohende Gefahr eines Einmarsches französischer Truppen in das Saargebiet und die Forderungen der Barthou'schen Denkschrift vom 31. August 1934 <sup>2)</sup> hatten in der zweiten Hälfte des Jahres 1934 eine ernste Krisenstimmung hervorgerufen. In der Denkschrift war von Frankreich der Versuch gemacht worden, den Völkerbund in erweiternder Auslegung der ihm nach Art. 45 bis 50 des Versailler Vertrages nebst Anlage zustehenden Befugnisse den französischen Interessen dienstbar zu machen. Mit einer rechtlich nicht haltbaren Begründung, gestützt insbesondere auf § 39 des Saarstatuts, sollte der Völkerbund zu einer Darlegung der von ihm im Falle einer Abstimmung zugunsten des sogenannten status quo geplanten Regierungsmaßnahmen veranlaßt werden, wodurch praktisch der französischen Wahlpropaganda zugunsten des status quo Vorschub

---

<sup>1)</sup> S. d. N., Journ. Off., 1934, S. 1694 ff. Literatur: Woermann, Deutsches Recht, 1934, S. 584; Bruns, Saarabstimmung u. Völkerbund, 1934.

<sup>2)</sup> S. d. N., Journ. Off., 1934, S. 1185.

geleistet worden wäre. Sodann sollte, was rechtlich noch bedenklicher war, vom Völkerbund für den Fall der Rückgliederung an Deutschland ein Regime für das Saargebiet ausgearbeitet werden, das dauernde Souveränitätsbeschränkungen Deutschlands mit sich gebracht hätte.

Dem Beginn der Novemberverhandlungen des Dreierausschusses, der am 8. September 1934 vom Völkerbund mit der Erstattung eines Berichtes über die in der französischen Denkschrift angeschnittenen Fragen beauftragt worden war, hatte man deutscherseits zunächst insofern mit Bedenken entgegengesehen, als der Völkerbund geneigt schien, sich die französische Rechtsauffassung hinsichtlich des § 39 des Saar-Statuts zu eigen zu machen; hatte der Rat doch beispielsweise in der Frage der den nichtabstimmungsberechtigten Saareinwohnern zu gewährenden Garantien bereits in seinem einer Empfehlung des Dreierausschuß entsprechenden Beschluß vom 4. Juni 1934<sup>3)</sup> in Aussicht gestellt, »sur la base du § 39« dem endgültigen Souveränitätsträger gegebenenfalls Auflagen zu machen.

Später änderten Dreierausschuß und Rat jedoch ihre Rechtsauffassung. In dem Bericht des Dreierausschusses vom 5. Dezember 1934<sup>4)</sup>, den der Rat in der Sitzung vom 6. Dezember 1934 angenommen hat, wurde die Zulässigkeit der Auferlegung dauernder Souveränitätsbeschränkungen oder der Abhängigmachung der endgültigen Gebietszuteilung von der Übernahme entsprechender Verpflichtungen durch den betreffenden Staat ausdrücklich »après un examen approfondi du Traité et de l'Annexe à la lumière des principes fondamentaux du droit international« verneint. Der Völkerbund blieb sich somit der durch den Versailler Vertrag gesetzten Grenzen seiner Zuständigkeit, wie sie deutscherseits in der dem Dreierausschuß während seiner Verhandlungen überreichten Denkschrift der Akademie für Deutsches Recht<sup>5)</sup> dargelegt worden waren, bewußt.

Die Erkenntnis der begrenzten Zuständigkeit des Völkerbundes zeigte sich schon in der Art der Verhandlungsführung und Abfassung des Berichtes. In allen Fragen, in denen dem Völkerbund durch den Versailler Vertrag nicht eindeutig die Befugnis zum Erlaß selbständiger Anordnungen verliehen war, beschränkte sich der Ausschuß darauf, Vereinbarungen zwischen Deutschland und Frankreich zu vermitteln oder freiwillige Verpflichtungserklärungen der betreffenden Länder gegenüber dem Völkerbund entgegen zu nehmen.

Solche Verpflichtungserklärungen stellten die an den Präsidenten des Dreierausschusses gerichteten Schreiben des deutschen<sup>6)</sup> und fran-

3) S. d. N., Journ. Off., S. 647, 648.

4) S. d. N., Journ. Off., S. 1694 ff.

5) Diese Zeitschr. Bd. IV, S. 781 ff.

6) Abgedruckt unten S. 124 ff.

zösischen Außenministers vom 3. bzw. 4. Dezember 1934 sowie des deutschen<sup>7)</sup> und französischen Botschafters in Rom vom 1. bzw. 2. Dezember 1934 dar, die dem Bericht des Ausschusses in Anlagen beigefügt wurden. Gleichfalls in Anlage beigefügt wurde dem Bericht das deutsch-französische Abkommen vom 3. Dezember 1934 über die finanziellen und Grubenfragen<sup>8)</sup>.

Im einzelnen ist der Inhalt dieser Regelung folgender:

1. Der Bericht gibt zunächst unter dem Titel »Definition des durch den Vertrag geschaffenen Regimes« einige Erläuterungen zu dem in § 35 Ziff. a des Saarstatuts vorgesehenen Regierungssystem (sog. status quo). Im Gegensatz zu den Wünschen der Barthou'schen Denkschrift lehnte der Ausschuß es ausdrücklich ab, die Einzelheiten der Organisation dieses Regimes festzulegen. Er beschränkte sich vielmehr auf eine bloße Klarstellung des ungenauen Ausdrucks des § 35 Ziff. a »maintien du régime établi par le présent Traité et la présente Annexe«: Dieses gegenwärtige Regime werde gegebenenfalls insofern eine Umwandlung erfahren, als die Souveränität über das Gebiet von Deutschland auf den Völkerbund, der gegenwärtig nur Treuhänder für die Regierung sei, übergehen würde. Der Völkerbund könne in diesem Fall »dans les limites résultant du Traité« Änderungen zur Anpassung an das Regime der Völkerbundssouveränität vornehmen.

Von besonderer Bedeutung war es, daß der Bericht die Möglichkeit einer späteren zweiten Abstimmung nicht erwähnte. Er sprach lediglich davon, daß der Völkerbund als Souveränitätsträger die Befugnis haben werde, über diese Souveränität zu verfügen, freilich nicht nach freiem Belieben, sondern nur »dans la mesure compatible avec les dispositions du Traité et en harmonie avec les principes sur la base desquels la souveraineté sur le Territoire lui a été conférée et doit être exercée«.

2. Der Bericht beschäftigt sich sodann mit der Notwendigkeit von Bestimmungen über den Wechsel der Staatsangehörigkeit. Bei der Wiedervereinigung mit Deutschland seien solche Bestimmungen überflüssig, da die Bewohner des Saargebiets die deutsche Staatsangehörigkeit behalten hätten. Im Falle der sogenannten Aufrechterhaltung des durch den Vertrag geschaffenen Regimes würde dagegen eine »nationalité sarroise« zu schaffen sein. Mit dieser Feststellung erkannte der Ausschuß die deutsche These an, daß eine Entscheidung nach § 35 a eine endgültige Trennung des Saargebiets und seiner Bevölkerung von Deutschland bedeuten würde<sup>9)</sup>. Für diesen Fall wie

7) Abgedruckt unten S. 123.

8) Abgedruckt unten S. 117.

9) Vgl. Denkschrift der Akademie für Deutsches Recht zu 2 a; a. a. O. S. 783.

für die Vereinigung mit Frankreich schlägt der Bericht die Schaffung eines Optionsrechts vor.

3. Im dritten Abschnitt behandelt der Bericht die Ausdehnung der den Abstimmungsberechtigten durch die Erklärung der deutschen Regierung vom 2. Juni 1934<sup>10)</sup> gewährten Garantien auf die nicht abstimmungsberechtigten Einwohner.

Diese Garantien werden nunmehr durch die Erklärungen der deutschen und französischen Regierung vom 3. bzw. 4. Dezember 1934 auf die nicht abstimmungsberechtigten Personen, die länger als drei Jahre im Saargebiet wohnen, ausgedehnt. Die seit Beginn der nationalsozialistischen Revolution aus Deutschland ins Saargebiet eingewanderten Emigranten werden von dieser Regelung nicht erfaßt.

4. Der Bericht beschäftigt sich sodann mit zwei praktisch wichtigen Übergangsmaßnahmen für die Behandlung der Bevölkerung nach der Rückgliederung. Vorangestellt wird die bereits erwähnte Feststellung des Ausschusses, daß er eine Auferlegung dauernder Souveränitätsbeschränkungen in dieser Hinsicht durch den Völkerbund für unzulässig erachte. Der Ausschuß hielt jedoch einige Übergangsbestimmungen für dringend erforderlich. Die deutsche Regierung sicherte daher durch die Erklärung des Reichsaußenministers vom 3. Dezember 1934 — entsprechend der französischen Erklärung vom 4. Dezember 1934 — zu, daß die Bewohner des Saargebietes für die Dauer eines Jahres wegen ihrer Sprache, Religion oder Rasse keine Schlechterstellung erfahren würden und jedem Bewohner binnen dieser Frist der freie Abzug zustehe mit dem Recht, seinen Grundbesitz zu behalten oder zu verkaufen und sein bewegliches Vermögen abgabefrei mitzunehmen.

5. Durch Schreiben des deutschen Botschafters in Rom vom 1. Dezember 1934 verpflichtete sich Deutschland ferner zur Aufrechterhaltung der Sozialversicherung.

6. In der Frage der Übernahme der saarländischen Beamten wurden in Rom keine Beschlüsse gefaßt. Der Bericht beschränkte sich auf die Feststellung, daß die deutsche und französische Regierung sich zu Verhandlungen mit der Regierungskommission bereit erklärt hätten. Das Ergebnis dieser inzwischen durchgeführten Verhandlungen ist die »Abrede zwischen der Deutschen Regierung und der Regierungskommission des Saargebietes über Beamtenfragen« vom 31. Januar 1935<sup>11)</sup>.

7. Die schwierigsten Fragen, die »finanziellen und Grubenfragen«, wurden gemäß § 38 des Saarstatuts im Wege direkter Verhand-

<sup>10)</sup> S. unten S. 122.

<sup>11)</sup> R. G. Bl. 1935, Teil II, S. 53 ff.

lungen zwischen den deutschen und französischen Sachverständigen unter Mitwirkung eines Unterausschusses des Finanzausschusses des Völkerbundes behandelt. Die Grundzüge der geplanten Regelung sind, wie bereits erwähnt, in dem Abkommen vom 3. Dezember 1934<sup>12)</sup> niedergelegt, dem der Dreierausschuß in seinem Bericht einige Empfehlungen für die späteren abschließenden Verhandlungen Deutschlands und Frankreichs zugefügt hat<sup>13)</sup>.

7. Die Frage der Entsendung militärischer Polizeikräfte in das Saargebiet wurde nicht vom Dreierausschuß, sondern direkt vom Völkerbundsrat behandelt. In der Sitzung vom 5. Dezember 1934<sup>14)</sup> nahm der französische Außenminister Laval die Erklärungen über einen eventuellen Einmarsch französischer Truppen zurück und schlug vor, die Aufrechterhaltung der Ordnung internationalen Kontingenten unter Ausschluß Frankreichs und Deutschlands anzuvertrauen. Hiermit erklärte sich Deutschland, das an sich die rechtliche Zuständigkeit und auch die Notwendigkeit der Entsendung von Militär von jeher bestritten hatte<sup>15)</sup>, auf Anfrage des Präsidenten des Dreierkomitees im Interesse einer gütlichen Regelung einverstanden, worauf der Völkerbund am 11. Dezember 1934 einen dem Vorschlag Lavals entsprechenden Beschluß faßte<sup>16)</sup>.

## II. Die Ratssitzung vom 17. Januar 1935

Das Ergebnis der Volksabstimmung vom 13. Januar 1935, das eine Stimmenmehrheit von über 90% für die Vereinigung mit Deutschland ergab, ist in einem besonderen Dokument des Völkerbundes am 15. Januar veröffentlicht worden<sup>17)</sup>. Am Schluß dieses Berichtes das dort (S. 7) abgedruckte Endergebnis.

Auf Grund dieses Ergebnisses beschloß der Völkerbundsrat entsprechend dem Vorschlage des Dreierkomitees am 17. Januar 1935 die Vereinigung des ungeteilten Saargebiets mit Deutschland<sup>18)</sup>. Als Termin der Wiedereinsetzung Deutschlands in die Regierung setzte er den 1. März 1935 fest. Die erforderlichen Bestimmungen zur Überleitung der Regierung und die Ausführungsbestimmungen für die im Zusammenhang mit der Volksabstimmung eingegangenen Verpflichtungen sollte der Dreierausschuß in Verbindung mit der deutschen

<sup>12)</sup> S. unten S. 117.

<sup>13)</sup> Abgedruckt unten S. 121.

<sup>14)</sup> S. d. N., Journ. Off., S. 1706.

<sup>15)</sup> Vgl. Bruns, Die Volksabstimmung im Saargebiet, S. 78 ff.; Rühland-Böhmert, Die rechtliche Unzulässigkeit der Verwendung französischer Truppen im Saargebiet, 1934.

<sup>16)</sup> S. d. N., Journ. Off., S. 1762.

<sup>17)</sup> Doc. C. 44 (1), M. 19 (1), 1935. VII. 4.

<sup>18)</sup> Wortlaut unten S. 126.

und der französischen Regierung sowie der Regierungskommission des Saargebietes bis zum 15. Februar 1935 festsetzen, widrigenfalls der Rat die erforderlichen Anordnungen von sich aus treffen wollte.

Ein solches Eingreifen des Rates wird sich indessen erübrigen, da inzwischen alle mit der Überleitung im Zusammenhang stehenden Fragen im Verhandlungswege geklärt worden sind.

Georg Bruns.

(Übersetzung)

a	b	c	d	e	f	g	h
Abstimmungsbezirke	Abstimmungs-berechtigte	Abgegebene Stimmen	Für den gegenwärtigen Zustand	Für die Vereinigung mit Frankreich	Für die Vereinigung mit Deutschland	Üh-gültige Stimmzettel	Unbeschriebene Stimmzettel
<b>Zusammenfassung</b>							
Saarbrücken-Stadt	88.596	84.850	10.413	286	73.761	147	238
Saarbrücken-Land	138.158	135.116	12.303	657	121.632	208	292
Saarlouis . . . . .	95.598	93.955	7.541	768	85.230	147	267
Ottweiler . . . . .	100.770	99.799	8.792	152	89.875	199	137
Merzig . . . . .	25.047	24.744	1.180	66	23.362	49	85
St. Wendel . . . . .	22.176	21.882	1.130	27	20.599	30	65
St. Ingbert . . . . .	37.748	37.271	3.058	126	33.867	79	133
Homburg . . . . .	31.449	31.087	2.196	42	28.763	46	39
Gesamtergebnis . . .	<b>539.542</b>	<b>528.704</b>	<b>46.613</b>	<b>2.124</b>	<b>477.089</b>	<b>905</b>	<b>1.256</b>

## Anhang

### I. Deutsch-französisches Abkommen vom 3. Dezember 1934<sup>19)</sup>

«Accord.

«Au cours des conversations qui ont eu lieu à Rome jusqu'au 3 décembre 1934, les représentants soussignés des Gouvernements allemand et français ont été d'accord pour reconnaître que, dans la troisième des hypothèses prévues par le Traité de Versailles (§ 35, alinéa c) de l'Annexe Sarre), les solutions suivantes devraient être mises en œuvre:

#### «I. *Crédits commerciaux.*

«Les deux Gouvernements, désireux de réduire au minimum les troubles que provoque, en matière de crédit, l'approche du plébiscite, sont convenus de ce qui suit:

«Dans l'hypothèse envisagée, les créances françaises afférentes à des marchandises livrées en Sarre avant le changement de régime seront réglées en francs à Paris par l'Office franco-allemand des paiements commerciaux. De la même façon, les créances commerciales sarroises sur l'Allemagne affé-

<sup>19)</sup> S. d. N., Journ. Off., S. 1703 ff.

rentes à des marchandises livrées avant le changement de régime seront réglées en Reichsmarks à Berlin par l'institution compétente.

«Dans le cas où, contrairement aux prévisions actuelles, le clearing ne serait pas maintenu, les deux Gouvernements entreraient de nouveau en contact pour chercher des solutions susceptibles de conduire au même résultat.

#### «II. Période intermédiaire.

«Les deux Gouvernements, prévoyant que, dans la troisième hypothèse prévue par le Traité, le Conseil aura à fixer une période intermédiaire entre sa décision et la date de changement de régime, sont d'accord pour souhaiter que cette période soit réduite au minimum compatible avec les exigences locales et que pendant cette période le Gouvernement du Reich fournisse, dans le cadre des dispositions qui seront arrêtées par le Conseil au cours de sa session de janvier une collaboration effective aux services de la Commission de gouvernement jusqu'à la date où l'administration sera assurée par des fonctionnaires allemands.

#### «III. Créances du Trésor français.

«1. Dans la troisième hypothèse prévue par le Traité, le Gouvernement français cédera au Gouvernement allemand ses droits de propriété sur les mines, chemins de fer, gares douanières et autres avoirs immobiliers situés dans le Territoire de la Sarre contre paiement d'une somme forfaitaire de neuf cents millions (900.000.000) de francs.

«2. A concurrence de cette somme, ce paiement sera assuré:

«a) Par un prélèvement de 95% sur le montant total des billets de la Banque de France et autres moyens de paiement étrangers circulant dans le Territoire de la Sarre qui seront récupérés dans les conditions précisées à la section V ci-après.

«b) Pour le solde, par des livraisons gratuites de charbon, effectuées conformément à un accord à intervenir entre les deux Gouvernements sur la base d'une répartition des quantités de charbon destinées à assurer le paiement total du forfait en cinq ans.

«A la place de ces livraisons gratuites de charbon et en vue d'éviter les transferts de devises le Gouvernement allemand, jusqu'à extinction de sa dette forfaitaire de neuf cents millions de francs, paiera en marks aux ayants-droit, pour le compte du Gouvernement français ou des amodiataires français, les sommes dues par eux en marks dans le Territoire de la Sarre à un titre quelconque (par exemple: indemnités pour dégâts constatés, indemnités diverses, taxes dues aux communes, etc.). La contre-valeur en francs des paiements ainsi effectués viendra en déduction jusqu'à due concurrence de la dette de l'Allemagne.

«3. Le Gouvernement allemand convient qu'en sus des versements précédents, les redevances provenant des amodiations du Warndt seront versées au Trésor français dans les limites de deux millions deux cent mille tonnes par an, en moyenne, pendant cinq années. Si, au terme de la période de cinq ans convenue dans le § 2, alinéa b) ci-dessus, le paiement forfaitaire de neuf cents millions n'avait pas été intégralement effectué, les redevances à provenir des amodiations continueraient à être versées au Trésor français jusqu'à achèvement dudit paiement. Toutefois, cette clause de prorogation ne sera pas appliquée s'il est constaté par arbitre que l'Allemagne n'est pas responsable de l'inexécution du paiement.

«4. Sans préjudice des dispositions ci-dessus, les conditions des contrats d'amodiation seront débattues selon les usages normaux entre le Gouvernement allemand et les amodiataires, dans le cadre d'un accord à intervenir entre les Gouvernements français et allemand concernant les questions de contrôle et de sécurité.

«Les contrats d'amodiation à conclure devront tenir compte équitablement de la situation des exploitations, et le Gouvernement allemand devra notifier aux amodiataires au moins deux ans avant l'expiration des contrats son intention d'y mettre fin.

«5. Le Gouvernement allemand prendra à sa charge les dégâts de surface constatés après sa prise de possession, les dégâts constatés avant cette date restant à la charge de l'Etat français.

«6. Dans la troisième hypothèse prévue par le Traité, les conditions de remise des mines, des chemins de fer et des gares douanières feront l'objet d'accords entre les deux Gouvernements dans un esprit d'équité et en tenant compte, en ce qui concerne les mines, des modalités de la cession intervenue en 1920.

«Les créances des mines domaniales payables dans le Territoire de la Sarre et venant à échéance après le changement de régime seront, à titre exceptionnel, réglées en francs, à Paris, par l'Office franco-allemand des paiements commerciaux.

«7. Les paiements globaux ci-dessus prévus ont un caractère forfaitaire et global et couvrent notamment toutes les créances de l'Etat français sur l'Etat allemand au titre des mines, des chemins de fer et gares douanières, sous réserve des dispositions à intervenir en application de l'article 6.

#### «IV. *Dettes sarroises approuvées par la Commission de gouvernement.*

«Une fraction fixée à 50% du montant total des billets de la Banque de France et autres moyens de paiement étrangers circulant dans le Territoire de la Sarre qui seront récupérés dans les conditions précisées à la section V ci-après sera affectée au service des dettes contractées par des personnes physiques ou morales sarroises avec l'approbation de la Commission de gouvernement.

#### «V. *Modalités de récupération des billets de la Banque de France et des autres moyens de paiement étrangers circulant en Sarre.*

«Les deux Gouvernements considèrent qu'il est de leur intérêt commun de procéder avec le maximum d'efficacité à la récupération des billets de la Banque de France et des autres moyens de paiement étrangers circulant dans le Territoire de la Sarre.

«Ils fixeront la date d'ouverture de cette procédure en prenant en considération leurs points de vue respectifs sur les conditions les meilleures pour arriver au résultat ci-dessus visé.

«A cette fin et dans le cas où la date susmentionnée serait antérieure au changement de régime, ils se déclarent prêts à apporter leur concours à la mise en application pratique des mesures que devrait prendre la Commission de gouvernement en vue d'assurer le succès aussi complet et aussi rapide que possible de cette opération.

«La collaboration des Gouvernements allemand et français se poursuivra après le changement de régime pendant toute la période jugée nécessaire pour permettre la substitution totale de la monnaie allemande à la monnaie française.

« Les principales mesures d'ordre pratique pour assurer l'échange des francs contre des marks devraient être les suivantes :

« a) Institution du Reichsmark comme seule monnaie légale ;

« b) Application immédiate en Sarre de la législation allemande sur l'exportation des capitaux avec toutes les sanctions y afférentes, sous réserve des exceptions prévues et de celles que la Commission de gouvernement jugera utile d'accorder en collaboration avec les deux Gouvernements dans un esprit d'équité, étant entendu qu'en aucun cas, l'Administration des mines domaniales et les Administrations publiques françaises ne seront soumises à cette législation. En même temps, contrôle des sorties aux frontières de la Sarre avec coopération effective de fonctionnaires allemands ;

« c) Ouverture de bureaux d'échange aussi nombreux que possible (notamment auprès des quatre succursales de la Reichsbank, des cinq cents à six cents bureaux de poste existant en Sarre, des banques, des caisses d'épargne) placés sous le contrôle de la Commission de gouvernement et comprenant un représentant du Gouvernement allemand, du Gouvernement français et de la Commission de gouvernement. Après le changement de régime, le fonctionnement des bureaux d'échange sera assuré par la collaboration de la Banque de France et de la Reichsbank ;

« d) La Reichsbank fournira aux bureaux d'échange ci-dessus visés les Reichsmarks nécessaires ;

« e) Les billets de la Banque de France et autres moyens de paiement étrangers circulant en Sarre récupérés par les soins desdits bureaux seront versés à intervalles réguliers dans tel organisme bancaire que désignera la Commission de gouvernement d'accord avec le Gouvernement français (Banque des Règlements internationaux ou succursale de la Banque de France) ;

« f) Les billets de la Banque de France et autres moyens de paiement étrangers circulant en Sarre resteront déposés en compte bloqué au nom de la Banque des Règlements internationaux pour servir dans le moindre délai possible au paiement des dettes auxquelles ils sont affectés par le présent accord ;

« g) Au plus tard à l'expiration de la période d'échange, la législation allemande sur la détention de devises sera intégralement appliquée avec toutes les sanctions qu'elle comporte ;

« h) Tous les billets de la Banque de France et autres moyens de paiement étrangers circulant en Sarre recueillis par la Reichsbank pendant un délai de six mois après le début de la période d'échange et dont il sera prouvé qu'ils auraient dû être remis à la Reichsbank pendant cette période seront transférés au compte bloqué mentionné dans l'alinéa f) ci-dessus.

« Fait à Rome, le 3 décembre 1934.

« (Signé) Ulrich von Hassel	(Signé) Charles de Chambrun.
H. S. Berger.	J. Rueff.
Hermann Voigt.	H. de Peyster.
	Fouques-Duparc. »

## 2. Auszug aus dem Bericht des Dreierausschusses vom 5. Dezember 1934 (Abschnitt II, „Finanzielle und Grubenfragen“)<sup>20)</sup>

....  
« D'accord avec les deux Gouvernements et sur leur demande, je désire également soumettre au Conseil le projet de résolution suivant, qui traite des négociations financières et économiques qui devront intervenir après le transfert du Territoire :

« Le Conseil, en vue des négociations financières et économiques qui devraient intervenir après le transfert du Territoire dans la troisième hypothèse prévue par le paragraphe 35 de l'Annexe au Traité, recommande que :

« a) Les transferts correspondant aux créances et investissements étrangers en Sarre continuent à être effectués sans entraves, étant entendu que la situation de transfert de l'Allemagne n'en sera pas aggravée et que la portée juridique des contrats et obligations étrangers qui sont libellés en devises ou en or ne subira pas de changement ;

« b) Il soit tenu compte, dans les règlements commerciaux à intervenir, de la situation économique existante, avec le désir d'atténuer les conséquences fâcheuses que pourraient entraîner des modifications brusques dans les relations commerciales de la Sarre avec l'extérieur (charbon, produits agricoles et industriels, etc) ;

« c) Les principes ci-dessus inspirent les négociations commerciales qui devraient intervenir, dans l'hypothèse susvisée, entre le Gouvernement du Reich et les gouvernements intéressés. »

\* \* \*

« En outre, je crois savoir que la situation financière et économique du Territoire serait favorablement influencée si l'on fixait dès maintenant un délai minimum pour la période intermédiaire qui devra intervenir en cas de retour du Territoire à l'Allemagne, car cette mesure donnerait une certaine assurance contre des changements brusques. Le Comité des Trois croit pouvoir proposer au Conseil de déclarer qu'en tout cas cette période intermédiaire ne sera pas d'une durée inférieure à un mois.

« Les solutions indiquées au sujet des questions financières et économiques se fondent sur l'hypothèse prévue par l'alinéa c) du § 35 de l'Annexe. En effet, c'est uniquement dans ce cas que se posent d'importantes questions financières qu'il était désirable de régler d'avance. D'accord avec le Comité financier, le Comité du Conseil est d'avis qu'en cas de transfert du Territoire à la France ou de maintien du régime actuel, il serait facile d'établir les modalités de règlement des questions financières qui se poseraient.

« D'autre part, le Comité se réserve de demander, le cas échéant, au Comité financier d'étudier toute question afférente à la libre disposition et au transfert de fonds qu'il y a lieu de prévoir en conséquence soit du droit reconnu aux personnes quittant le Territoire de vendre leurs biens immeubles et d'emporter leurs biens meubles, soit du paiement de rentes et pensions d'assurance sociale à ceux des titulaires qui cesseront de résider dans le Territoire.

....

---

<sup>20)</sup> S. d. N., Journ. Off., S. 1699.

### 3. Schreiben des Reichsministers des Auswärtigen an den Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, vom 2. Juni 1934 <sup>21)</sup>

Berlin, den 2. Juni 1934.

Herr Präsident!

Mit Beziehung auf Ihr Schreiben vom 1. Juni 1934, betreffend die Volksabstimmung im Saargebiet, beehre ich mich, Ihnen namens der deutschen Regierung folgendes mitzuteilen:

I. Die deutsche Regierung verpflichtet sich, unbeschadet der Bestimmungen des § 39 der Anlage zu Art. 50 des Vertrages von Versailles,

- a) sich jedes unmittelbaren oder mittelbaren Druckes zu enthalten, der die Freiheit und die Aufrichtigkeit der Stimmabgabe beeinträchtigen könnte;
- b) sich ebenso hinsichtlich der abstimmungsberechtigten Personen jeder Verfolgung, Vergeltungsmaßnahme oder Schlechterstellung wegen der politischen Haltung, die diese Personen während der Verwaltung durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommen haben, zu enthalten;
- c) die geeigneten Maßnahmen zu treffen, um jede diesen Verpflichtungen zuwiderlaufende Handlung ihrer Staatsangehörigen zu verhindern oder ihr Einhalt zu gebieten.

II. Wenn ein Streit zwischen Deutschland und einem Mitglied des Völkerbundsrates über die Auslegung oder Anwendung der in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen entsteht, ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß dieser Streit gemäß den Bestimmungen des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 vor den ständigen Schiedsgerichtshof gebracht wird, damit dieser über die Streitfrage und über die zu treffenden Maßnahmen entscheidet, unbeschadet der Rechte des Völkerbundsrates, gemäß der ihm anvertrauten Aufgabe auf die Erfüllung dieser Verpflichtungen zu achten.

III. Außerdem ist die deutsche Regierung damit einverstanden, daß für den Zeitraum eines Jahres, gerechnet von der Einführung des endgültigen Regimes an, das Abstimmungsobergericht unter folgenden Bedingungen beibehalten wird:

- a) Jede im Saargebiet abstimmungsberechtigte Person kann beim Abstimmungsgericht Beschwerde einlegen, wenn sie wegen ihrer während der Verwaltung des Gebiets durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommenen politischen Haltung einen Druck, eine Verfolgung, eine Vergeltungsmaßnahme oder eine Schlechterstellung erlitten hat. Die Beschwerde wird nur zugelassen, wenn sie sich auf eine im Saargebiet begangene Handlung oder auf eine Entscheidung von Behörden bezieht, die im Saargebiet oder in den Bezirken bestehen, denen Teile dieses Gebietes angeschlossen sind;
- b) Das Gericht ist zuständig, über die Beschwerden zu entscheiden und alle Maßnahmen wegen angemessener Wiedergutmachung, geldlicher oder sonstiger Art, anzuordnen; keine Entscheidung, selbst gerichtlicher Art, die unter die vorgenannten Bedingungen fällt, kann gegen die Entscheidung des Abstimmungsgerichtes Geltung beanspruchen;

<sup>21)</sup> Verordnungen, Erlasse, Verfügungen und Bekanntmachungen der Regierungskommission des Saargebietes, 1934, S. 243.

- c) Falls eine Person, die im Saargebiet abstimmungsberechtigt ist, von einer Strafverfolgungs- oder Verwaltungsbehörde außerhalb des Gebietes verfolgt wird kann sie unter denselben Bedingungen beim Abstimmungsgericht eine Entscheidung darüber beantragen, ob die Verfolgung im Widerspruch zu den in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen steht; die Verfolgung ist bis zu einer Entscheidung des Abstimmungsgerichtes auszusetzen und, wenn diese Entscheidung es mit sich bringt, einzustellen.

Die deutsche Regierung verpflichtet sich, alle Vorkehrungen zu treffen, um die Ausführung der Entscheidungen zu sichern, die unter den vorstehend festgelegten Bedingungen ergehen.

Genehmigen Sie, usw.

(gez.) Freiherr von Neurath.

#### 4. Schreiben des Deutschen Botschafters in Rom an den Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, vom 1. Dezember 1934<sup>22)</sup>

Rom, den 1. Dezember 1934.

Herr Präsident!

Indem ich auf die Besprechungen über die Sozialversicherung des Saargebietes Bezug nehme, beehre ich mich, Ihnen im Auftrag meiner Regierung folgendes mitzuteilen:

Im Falle der Rückgliederung des Saargebietes an Deutschland wird die Sozialversicherung des Saargebiets in das allgemeine deutsche Versicherungssystem eingegliedert werden. Diese Eingliederung wird um so leichter erfolgen können, als die Gesetzgebung über Sozialversicherung im Saargebiet im allgemeinen der deutschen Gesetzgebung entspricht. Dergestalt werden die bei den Sozialversicherungsträgern des Saargebiets erworbenen und im Entstehen begriffenen Ansprüche im Rahmen der deutschen gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung der etwa zweckmäßig erscheinenden Übergangsmaßnahmen gewahrt bleiben.

Dieser Grundsatz wird wie folgt erläutert:

1. Nach deutschem Recht stehen sowohl hinsichtlich der Anspruchsvoraussetzungen als auch des Ausmaßes der Leistungen Ausländer, solange sie sich im Inlande aufhalten, den Inländern gleich.
2. Nach deutschem Recht steht es den Versicherten ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit auch beim Aufenthalt im Auslande frei, sich die erworbenen Anwartschaften durch freiwillige Weiterversicherung zu erhalten; in der knappschaftlichen Pensionsversicherung konnten die Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1933 auch durch Entrichtung von Anerkennungsgebühren erhalten werden.
- 3a. Bei Auslandsaufenthalt unterliegen sowohl Inländer wie Ausländer gewissen Beschränkungen im Rentengenuß, sofern zwischenstaatliche Verträge nichts anderes bestimmen.
- 3b. Nach Artikel 4 Absatz 1 des allgemeinen deutsch-französischen Abkommens über Sozialversicherung vom 29. Juli 1932, auf dessen Zustandekommen die deutsche Regierung nach wie vor den größten Wert legt, genießen Versicherte, solange sie in Deutschland oder Frankreich

<sup>22)</sup> Nach amtlicher Mitteilung.

wohnen, die auf Grund der Versicherungsordnungen erworbenen Renten und Pensionen einschließlich der damit verbundenen Zuschüsse und sonstigen Vorteile, ohne jede Einschränkung. Die Deutsche Regierung ist bereit, diese Bestimmung nach Rückgliederung des Saargebiets auf Personen anzuwenden, die bei Versicherungsträgern des Saargebiets versichert sind oder waren.

- 3c. Insoweit die bei den Versicherungsträgern des Saargebiets vor dessen Rückgliederung an Deutschland erworbenen Renten und Pensionen durch die Erläuterung in Ziffer 3b nicht gedeckt sein sollten, werden sie, einschließlich der damit verbundenen Zuschüsse und sonstigen Vorteile, ohne Rücksicht auf den Aufenthalt und die Staatsangehörigkeit des Berechtigten gewährt werden, soweit die Versicherungsträger des Saargebiets nach der gegenwärtig in diesem Gebiet geltenden Gesetzgebung dazu verpflichtet sind.
4. Die rechtskräftigen und vollstreckbaren Entscheidungen der Versicherungsträger und -behörden des Saargebiets werden als rechtsgültig anerkannt, als ob sie von Versicherungsträgern oder -behörden im übrigen Reichsgebiet erlassen wären.

Genehmigen Sie, usw.

(gez.) von Hassell.

**5. Schreiben des Reichsministers des Auswärtigen an den Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, vom 3. Dezember 1934<sup>23)</sup>**

Berlin, den 3. Dezember 1934.

In Beantwortung des Schreibens vom 2. Dezember 1934, das Sie namens des Ausschusses für die Prüfung der Fragen, betr. das Saargebiet, an mich gerichtet haben, beehre ich mich, Ihnen namens der Deutschen Regierung folgendes zu erklären:

I.

Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, daß hinsichtlich der nicht-abstimmungsberechtigten Bewohner des Saargebietes keine Verfolgungen, Vergeltungsmaßnahmen oder Schlechterstellungen wegen der politischen Haltung stattfinden, die diese Personen während der Verwaltung durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommen haben. Sie wird alle geeigneten Maßnahmen treffen, um jede der vorstehenden Verpflichtung zuwiderlaufende Handlung ihrer Staatsangehörigen zu verhindern oder ihr Einhalt zu gebieten.

II.

Wenn ein Streit zwischen Deutschland und einem Mitglied des Völkerbundsrats für die Auslegung oder Anwendung der in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen entsteht, wird dieser Streit gemäß den Bestimmungen des Haager Abkommens zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle vom 18. Oktober 1907 vor den Ständigen Schiedshof gebracht werden, damit dieser über die Streitfrage und über die zu treffenden Maßnahmen entscheidet.

<sup>23)</sup> Verordnungen, Erlasse, Verfügungen und Bekanntmachungen der Regierungskommission des Saargebietes, 1934, S. 519.

## III.

Außerdem ist die Deutsche Regierung damit einverstanden, daß das Abstimmungs-Obergericht für die Übergangszeit eines Jahres, gerechnet von der Einführung des endgültigen Regimes an, folgende Zuständigkeiten erhält:

a) Jeder nichtabstimmungsberechtigte Bewohner des Saargebietes kann beim Abstimmungs-Obergericht Beschwerde einlegen, wenn er wegen seiner während der Verwaltung des Gebietes durch den Völkerbund mit Beziehung auf den Gegenstand der Volksbefragung eingenommenen politischen Haltung eine Verfolgung, eine Vergeltungsmaßnahme oder eine Schlechterstellung erlitten hat. Die Beschwerde wird nur zugelassen, wenn sie sich auf eine im Saargebiet begangene Handlung oder auf eine Entscheidung von Behörden bezieht, die im Saargebiet oder in den Bezirken bestehen, denen Teile dieses Gebietes angeschlossen werden.

b) Das Gericht kann über die Beschwerden entscheiden und alle Maßnahmen wegen angemessener Wiedergutmachung geldlicher oder sonstiger Art anordnen; keine Entscheidung, selbst gerichtlicher Art, die unter die vorgenannten Bedingungen fällt, kann gegen die Entscheidung des Abstimmungs-Obergerichts Geltung beanspruchen.

c) Falls ein nichtabstimmungsberechtigter Bewohner des Saargebietes von einer Strafverfolgungs- oder Verwaltungsbehörde außerhalb des Gebietes in der erwähnten Weise verfolgt wird, kann er unter denselben Bedingungen beim Abstimmungs-Obergericht eine Entscheidung darüber beantragen, ob die Verfolgung in Widerspruch zu den in dieser Erklärung übernommenen Verpflichtungen steht; die Verfolgung ist bis zur Entscheidung des Obergerichts auszusetzen und, wenn dessen Entscheidung es mit sich bringt, einzustellen.

Die Deutsche Regierung verpflichtet sich, alle Vorkehrungen zu treffen, um die Ausführung der Entscheidungen zu sichern, die unter den vorstehend festgelegten Bedingungen ergehen.

## IV.

Im Sinne der vorstehenden Bestimmungen gilt als »Bewohner« jede Person, die am 13. Januar 1935 seit mindestens drei Jahren ihren Wohnsitz im Saargebiet hat.

Genehmigen Sie, usw.

(gez.) Freiherr von Neurath.

**6. Schreiben des Reichsministers des Auswärtigen an den Vorsitzenden des Dreierausschusses, Baron Aloisi, vom 3. Dezember 1934<sup>24)</sup>**

Berlin, den 3. Dezember 1934.

Herr Präsident!

In Beantwortung des Schreibens vom 2. Dezember 1934, das Sie namens des Ausschusses für die Prüfung der Fragen, betr. das Saargebiet, an mich gerichtet haben, beehre ich mich Ihnen namens der Deutschen Regierung folgendes zu erklären:

<sup>24)</sup> Verordnungen, Erlasse, Verfügungen und Bekanntmachungen der Regierungskommission des Saargebietes, 1934, S. 522.

## I.

Den am heutigen Tage im Saargebiet wohnhaften Personen, die das Gebiet verlassen wollen, steht es völlig frei, ihren dortigen Grundbesitz zu behalten oder zu verkaufen oder ihr bewegliches Vermögen abgabefrei mitzunehmen.

Den Vorteil der vorstehenden Bestimmungen können jedoch nur die Personen in Anspruch nehmen, die ihre Absicht, das Gebiet zu verlassen, innerhalb einer Frist von sechs Monaten, gerechnet von der Einführung der endgültigen Rechtsordnung an, in einer schriftlichen, an die zuständige Behörde gerichteten Erklärung mitteilen, und die das Gebiet innerhalb einer Frist von einem Jahre, gerechnet von demselben Zeitpunkt an, verlassen.

Das Recht, das bewegliche Vermögen mitzunehmen, darf nicht in mißbräuchlicher oder betrügerischer Weise ausgeübt werden. Die Behörden können verlangen, daß jede Person, die das Saargebiet verläßt, ihr Eigentum an den Gegenständen und Werten, die sie mitzunehmen wünscht, durch eine feierliche eidesstattliche Erklärung nachweist. Andere Beweismittel können verlangt werden, wenn die Art oder die Menge der mitzunehmenden Gegenstände und Werte begründeten Verdacht erregt, daß sie nicht der Person gehören, die die erwähnte Erklärung abgegeben hat.

Die vorstehenden Bestimmungen greifen in keiner Weise der deutschen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Staatsangehörigkeit vor.

## II.

Für den in Absatz 2 des vorstehenden Paragraphen erwähnten Zeitraum eines Jahres werden die Bewohner des Saargebietes ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit keine Schlechterstellung wegen ihrer Sprache, Rasse oder Religion erfahren; sie werden in dieser Beziehung rechtlich und tatsächlich die Behandlung und die Garantien genießen, die sich aus der gegenwärtig im Saargebiet geltenden Gesetzgebung ergeben.

Genehmigen Sie, usw.

(gez.) Freiherr von Neurath.

### 7. Beschluß des Völkerbundsrates vom 17. Januar 1935 <sup>25)</sup>

Le Conseil,

Vu les articles 49 et 50 du Traité de Versailles et le chapitre III de l'annexe auxdits articles;

Vu la décision du Conseil du 4 juin 1934;

Vu le règlement pour le vote plébiscitaire dans le Territoire du Bassin de la Sarre du 7 juillet 1934;

Vu le rapport, en date du 15 janvier 1935, par lequel la Commission de plébiscite a porté à la connaissance du Conseil le résultat de la consultation populaire qui a eu lieu le 13 janvier 1935;

Vu les engagements pris par l'Allemagne et par la France:

1<sup>o</sup>. Décide l'union à l'Allemagne de la totalité du Territoire du Bassin de la Sarre, tel qu'il est défini à l'article 48 du Traité de Versailles, dans les conditions découlant de ce traité et des engagements spéciaux pris à l'occasion du plébiscite;

<sup>25)</sup> S. d. N., Journ. Off., Ziff. 3535.

2°. Fixe au 1<sup>er</sup> mars 1935 la date de la réinstallation de l'Allemagne dans le gouvernement du Territoire du Bassin de la Sarre;

3°. Charge son Comité d'arrêter, en consultation avec le Gouvernement allemand, le Gouvernement français et la Commission de gouvernement de la Sarre, les dispositions requises en vue du changement de régime dans le Territoire et des modalités d'exécution des engagements ci-dessus mentionnés. Dans le cas où ces dispositions n'auraient pu être arrêtées à la date du 15 février 1935, le Comité soumettrait ses propositions au Conseil, qui prendrait les décisions nécessaires, en conformité des paragraphes 35 c), et 39 de l'annexe à l'article 50 et des engagements spéciaux pris par les deux Gouvernements à l'occasion du plébiscite.

## Die völkerrechtliche Lage auf dem Balkan <sup>1)</sup>

**Der Streit zwischen Ungarn und Jugoslawien — Organisationsstatut der Balkanentente, Errichtung eines Wirtschaftsrates — Streitfälle zwischen der Türkei und Griechenland, Albanien und Griechenland — Balkanentente und Kleine Entente**

Die außerordentliche Spannung, die im Zusammenhang mit dem Mord an König Alexander von Jugoslawien in Marseille zwischen Ungarn und Jugoslawien entstanden ist, hat den Balkan wieder für gewisse Zeit in den Mittelpunkt des europäischen Interesses treten lassen. Das von Jugoslawien auf Grund von Art. 11 Abs. 2 des Völkerbündspaktes eingeleitete Verfahren vor dem Völkerbundsrat, das der Feststellung der Verantwortlichkeit der ungarischen Regierung für die auf seinem Gebiet geduldete Vorbereitung von Terrorhandlungen durch kroatische Auswanderer dienen sollte, hat mit dem Ratsbeschluß vom 10. Dezember 1934 <sup>2)</sup> einen vorläufigen Abschluß gefunden. Der Beschluß hat durch seine allgemeine Formulierung der Verpflichtungen der Staaten in bezug auf terroristische Akte sowie durch den bemerkenswerten Hinweis darauf, daß sich diese Verpflichtungen für die Völkerbundesstaaten aus der gebotenen Achtung der Unverletzlichkeit des Territoriums und der politischen Unabhängigkeit ergeben sollen — womit offenbar auf Art. 10 des Paktes Bezug genommen werden soll — eine über den konkreten Fall hinausgehende Bedeutung. Diese kommt auch darin zum Ausdruck, daß, da die Mächte über die Notwendigkeit allgemeiner Maßnahmen zur Bekämpfung des Terrorismus einig waren <sup>3)</sup>, durch den Ratsbeschluß ein Comité zur Vorbereitung solcher Maßnahmen eingesetzt worden ist.

1) Letzter Bericht Bd. IV S. 878 ds. Ztschr.

2) Abgedruckt unten S. 135.

3) Vgl. auch das unten S. 181ff. behandelte Projekt eines Internationalen Strafgerichtshofes.